

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postzahlung ohne Postgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßband 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postreform für 1919 eingetragene Zeitung.

Interessante Stellen die achtspaltige Titelseite oder deren Raum 120 M., Wortanzeigen das vierspaltige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Lesungsanträge 50 Pf. Familien- und Veranlassungsanzeigen 10 Pf. der Zeitung fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens die 2 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2995 und 2996.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9788

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# An das arbeitende Volk Deutschlands.

Am 22. und 23. Juni 1919 hat in Berlin eine Reichskonferenz stattgefunden, an der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Räteorganisation teilgenommen haben. Im Einvernehmen mit dieser Konferenz erläßt die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgende Rundgebung:

Das Unvermeidliche ist geschehen. Die Regierung hat sich endlich bereit erklärt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Mit einem Gefühl der Bitterkeit stellt die Arbeiterklasse Deutschlands fest, daß es dem Imperialismus gelungen ist, den Frieden zu diktieren. Dennoch war die Ablehnung des Friedensvertrages unmöglich. Denn wäre der Friede nicht zustande gekommen, so hätten heute bereits Millionen unserer Volksgenossen die Schrecken der Invasion durchlebt. Hunger, Arbeitslosigkeit, Verwilderung, blutige Kämpfe, Versteigerung des Reiches wären die unausbleiblichen Folgen gewesen. Daß dieses Schicksal verhütet worden ist, verdankt das deutsche Volk in erster Linie der Entschlossenheit und

Entschlossenheit der revolutionären Arbeitermassen,

die sich in wachsender Zahl um die Unabhängige Sozialdemokratische Partei scharen.

„Aus sprechen, was ist,“ war die Losung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Die Wahrheit und Fruchtbarkeit dieses politischen Grundsatzes hat sich wiederum glänzend bewährt. Während alle anderen Parteien und die Regierungen, im letzten Augenblick gezwungen waren, eine Schwächung zu vollziehen, hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vom ersten Tage an die Lage richtig erkannt und konsequent danach gehandelt.

Nach dem grauenhaften Wüten des viermonatigen Krieges stand das deutsche Volk hilflos, völlig erschöpft und gezeichnet vor den siegreichen Entente-Kapitalisten. Es war eine Verhängnisvollung, anzunehmen, daß durch Drohungen und militärische Verbesserungen der ursprünglichen Friedensbedingungen erreicht werden könnten. Nur wenn von vornherein von der deutschen Regierung die Schuldigen am Ausbruch und an den Greueln des Krieges zur Rechenschaft gezogen, nur wenn als Unterhändler nicht kompromittierte Persönlichkeiten hinzugesetzt worden wären, nur wenn lange vor dem Beginn der Friedensverhandlungen mit den künftigen Nachbarn friedliche Beziehungen wiederhergestellt worden wären, nur wenn ein revolutionärer Umschwung im Handeln und Denken des deutschen Volkes sich durchgesetzt hätte, dann hätte der Friede eine andere Gestalt bekommen können.

Die Wahrheit bekennen, das Unvermeidliche mit Würde tragen: das wäre mahnend und ehrenhaft gewesen.

Oberflächlich ist es, zu denken, daß die alte Taktik des Klassenkampfes auf die großen Auseinandersetzungen der Staaten übertragen werden könnte. Kindisch ist auch der Bewusstseinsstandpunkt der Glaube, daß das deutsche Volk, das naht und bloß dasteht, durch ein domnendes „Unannehmbar“ dem siegreichen Gegner ein erhebliches Zugewinn bringen könnte. Das Gerücht, daß die Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei durch ihre Taktik den künftigen Unterhändlern in den Rücken gefallen sei, ist nichts anderes als der klägliche Versuch, die Unfähigkeit der Regierungspolitik zu bemänteln.

Mit welcher Verblendung und Kleinlichkeit das deutsche Volk in einem so entscheidenden Moment seiner Geschichte regiert wird, das beweisen gerade die

letzten Verhandlungen in Weimar.

Nach einem Tag vor dem Ablauf der Frist täuschte sich die Regierung mit allen bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten über die wirkliche Lage. Erst vier Stunden vor dem drohenden Einmarsch der fremden Truppen, flüchteten die Rechtssozialisten, die bürgerlichen Demokraten und die Deutsche Volkspartei nach dem rettenden Ausweg, den ihnen gegen ihren Willen die Unabhängige Sozial-

demokratische Partei eröffnet hatte. Der Zentrumsmann Götter und der Rechtssozialist Loebe hatten Tags vorher als Führer ihrer Fraktion unter dem starken Druck der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei den von dieser entworfenen Antrag unterzeichnet und als den übrigen eingereicht: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden.“

Jetzt mit einem Mal waren sämtliche bürgerliche Parteien und die Rechtssozialisten froh, erklären zu können, daß durch diesen Antrag die Regierung eine unbeschränkte Vollmacht zur Unterzeichnung des Friedens bereits erhalten und eine neue — vielleicht zweifelhafte — Abstimmung nicht mehr nötig sei. Die demagogische Häßlichkeit der nationalistischen Reden offenbarte sich in grotesker Weise, als ein Vertreter der bürgerlichen Partei nach dem andern auftrat und die Erklärung abgab, daß alle die, die für die Unterzeichnung des Friedensvertrages eintreten, durchaus von „vaterländischer Gesinnung“ erfüllt gewesen und nach „bestem Wissen und Gewissen“ gehandelt hätten. Damit hat sich die Taktik der Ober-Scheidemann in ihrer verhängnisvollen Verkehrtheit offenbart. Die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist voll gerechtfertigt, das deutsche Volk atmet auf im Hinblick auf den Frieden.

Im deutschen Volk, weit über die Kreise der Arbeiterklasse hinaus, lebt seit Monaten die Ueberzeugung, daß die Nationalversammlung kläglich versagt

hat, das Bild der Verzweiflung und Hilflosigkeit, das diese Nationalversammlung gerade in den schicksalsschwersten Stunden unseres Volkes der ganzen Welt darbot, hat sie um den letzten Rest des Ansehens gebracht. Sie einen Augenblick länger zusammenzuhalten, als bis sie die ihr gestellten Aufgaben erfüllt hat, die Verfassung zu schaffen und den Frieden abzuschließen, sie unter Täuschung der Wähler geschwändert zu einem dauernden Parlament zu machen, wäre eine ungeheuerliche Herausforderung des deutschen Volkes.

Der bürgerliche Parlamentarismus hat sich als unfähig erwiesen, die Probleme zu lösen, die eine neue Zeit stellt.

Nicht einmal die Verschlebung der Kapitalisten nach dem Auslande hat er verhindert. Erst in letzter Stunde hat die Nationalversammlung sich auf den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei dazu bequemt, der Regierung die Macht einzuräumen, bei Banken und Sparkassen nachzuforschen, welchen Weg die Kapitalisten gewandert sind.

Im Rahmen des kapitalistischen Systems ist die Befriedigung der wirtschaftlichen und finanziellen Bedürfnisse auch eine glatte Unmöglichkeit. Die Wohlfahrt des Volkes heißt immer dringender die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen durch die unmittelbare

Mitwirkung der schaffenden Kräfte des Volkes

mit Hilfe des Räte-Systems. Nicht eine kapitalistische Demokratie kann uns aus den Wirren der Zeit retten, sondern nur die revolutionäre Arbeiterklasse, die die politische Macht erobert.

Die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der ungeheuren Mehrheit der Gesellschaft im Interesse der ungeheuren Mehrheit ist das Mittel zur Befreiung. Der Wahnglaube, durch Putzke eine Umwälzung des sozialen und politischen Lebens herbeizuführen, ist ein für allemal abgetan.

Nur noch die reaktionärsten Elemente spekulieren jetzt darauf, durch einen Gewaltstreich einer Minderheit die Herrschaft zu erlangen. Vor der ruhigen, zielklaren Entschlossenheit der revolutionären Arbeiterklasse haben sie es nicht gewagt, den Frieden durch Putzke zu gefährden. Die aufgeklärte Masse ist vor Spiegeln und Volkspöbeln auf der Hut, die sich jetzt überall in ihre Organisationen einschleichen, und zu sinnlosen Gewalttätigkeiten anreizern. Die Arbeiterklasse in den östlichen Ge-

bieten, die nach dem Friedensvertrag von Deutschland losgetrennt werden sollen, hat sich in erfreulichster Weise gegen den Versuch, mit bewaffneter Hand die Auslieferung dieser Gebiete zu verhindern, bereits gewehrt, so sehr sie sich, wie wir alle, innerlich verbunden fühlt mit denen, von denen sie getrennt wird. Sie kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß sie gegenüber der nationalistischen Ueberpantheit, die von der Regierung Scheidemann geduldet und zum Teil gefördert wurde, ruhig Blut bewahrt hat.

Die Bestimmungsbefehle, die von den Behörden und Militärs an die Einwohner gerichtet werden, entbehren der gesetzlichen Grundlage. Niemand ist verpflichtet, ihnen Folge zu leisten. Dieses geschwindigen Gebahren birgt die Gefahr, blutige Konflikte heraufzuzubekommen, und bedeutet zudem einen offenen Bruch des Friedensvertrages. Es mache sich deshalb niemand mitschuldig an der militärischen Abenteuerpolitik, am sinnlosen Blutvergießen, an der Gefährdung des Friedens.

Der wiedererweckte Militarismus

Ist zu einer schweren Bedrohung geworden. Die Regierung hat eine ungeheure Schuld auf sich geladen, daß sie gegen den Willen des revolutionären Proletariats der Militärkaste von neuem zur Macht verholfen, daß sie Bauern und Bürger bewaffnet, die Proletarier entwaffnet hat. Gestützt auf diese Macht hält die Regierung ihr Gewaltregiment aufrecht. Belagerungszustand, Stand- und Kriegsgerichte, Erschießung und Mißhandlung wehrloser Gefangener, Verhaftung von Arbeitern und Arbeiterführern wegen ihrer politischen Gesinnung, Unterdrückung von Zeitungen sind die Waffen, mit denen die Regierung die Betätigung des revolutionären Geistes hemmt.

Und immer mehr steigert sie noch die Gewalt. Jetzt sendet sie Truppen gegen Hamburg, wo sich die Arbeiter der drei sozialistischen Parteien zusammengeschlossen haben, um die revolutionäre Ordnung herzustellen. Jeder Tag bringt Kundgebungen Protest, deren herausfordernder Ton und dramatischer Inhalt in tristem Widerspruch zu den Anschauungen und Gefühlen der Arbeiterklasse stehen.

Was jetzt die politische Situation erfordert, sind keineswegs nicht alte brutale Gewalt, sondern sichtbare Zeichen eines persönlichen Geistes, ist vor allem eine Umwälzung für die politische Befreiung und Beurteilung. Es ist eine Schmach, daß ein halbes Jahr nach der Revolution die Regierung Vorkämpfer des Proletariats der Klassen- und Militärjustiz ausliefert. Es ist ein unauslöschlicher Schandfleck, daß sogar ein Todesurteil an einen Revolutionär vollstreckt worden ist.

Der Ruf nach Einigkeit des Volkes muß wirkungslos verhallen, solange die Klassenherrschaft immer neue Gegenstände mit Notwendigkeit erzeugt.

Mit Schaudern denkt das Proletariat an das unsagbare Elend, das die imperialistische Epoche des Kapitalismus nicht nur über das deutsche Volk, sondern über die ganze Menschheit gebracht hat. Millionen Gebiete, Millionen Krüppel, Millionen Verhungerte, Milliarden Schulden, verwüstete Felder, zerstörte Städte und Dörfer, verfallene Fabriken, wirtschaftlicher und finanzieller Ruin, moralische Verwilderung sind die Resultate einer verbrecherischen Kriegspolitik, die nur auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gedeihen konnte. Wie ist diese Gesellschaftsordnung, so sind neue Krisen, neue Katastrophen, neue Kriege unvermeidlich. Anarchie und Chaos auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, dauernde Barbarei drohen der Menschheit, wenn sie sich nicht eine höhere Form der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Organisation zu schaffen vermag.

Diese Form ist der Sozialismus.

Das Proletariat gebe sich selbst auf, wenn es nicht seine ganze Kraft einsetzt für dieses Ziel. Mit Genugtuung er-

großen Aufgabe beruht, den entschlossenen Kampf gegen Sozialismus und Imperialismus führt.

Wir sind von der Zukunft erfüllt, daß der Gewaltfriede beiseite geworfen wird durch eine Tat der Solidarität des internationalen Proletariats.

Wir fordern heute, wie am ersten Tage der Revolution, enge Beziehungen Deutschlands zur russischen

Sozialdemokratie, zu dem Proletariat aller Länder. Wäge sich die Bourgeoisie noch so sehr zu rücken, die Weltrevolution marschiert, dem Sozialismus gehört die nahe Zukunft!

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

# Die Ereignisse in Hamburg.

## Verkehrte Maßnahmen.

Rein, die Regierung treibt wirklich schlechte Politik. Politische Vernunft hätte geboten, wie der Aufruhr unserer Parteileitung mit Recht sagt, den Augenblick des Friedensschlusses zu benutzen, um durch eine weitgehende Amnestie, durch Befreiung des Belagerungszustandes eine Entspannung der leidenschaftlichen Erregung herbeizuführen. Statt dessen . . .

Die Situation in Hamburg hat ein weniger kritisches Aussehen gewonnen. Die Arbeiterschaft aller drei Parteien hat sich zusammengeschlossen und ihrem energischen Handeln ist es gelungen, die durch die Lebensmittelkürzungen und die überhöhten Schiebereien erbitterten Massen zu beruhigen. In Hamburg herrscht Ordnung. Auch all die aufgeregten Hochzeiten, die die meisten bürgerlichen Blätter und vor allem der „Vorwärts“ verbreiten, erweisen sich als Ungeheuer. Die Arbeiterschaft hat die Ruhe wieder hergestellt; Senat und Bürgerschaft funktionieren fort; die Zwölferkommission der Betriebsräte arbeitet nicht nur gemeinsam mit den Vertretern der drei sozialistischen Parteien, sondern auch im Einvernehmen mit dem Senat.

Trotzdem hat Rösske, ohne sichere Nachrichten abzuwarten, Truppen nach Hamburg geschickt und gleichzeitig einen Erlass herausgegeben, der das Schlimmste befürchten ließ. Die Besonnenheit und Schnelligkeit, mit der die Hamburger Arbeiterschaft gehandelt hat, hat Blutvergießen bis zur Stunde verhindert. Die Ruhe, die sie in Hamburg hergestellt hatte, verliert es, daß die Truppen in die Stadt selbst einmarschieren und die Hoffnung ist vielleicht nicht allzu klein, daß die Verhandlungen zu Ende geführt und die berechtigten Forderungen der Hamburger Arbeiterschaft erfüllt werden.

Aber nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen Städten hat die Lebensmittelnot und der Preiswucher Erregung geschaffen, böse Instinkte geweckt und zu unliebamen Provokationen geführt. Daß die revolutionäre Arbeiterschaft mit den Ausschreitungen nichts zu tun hat, sich an ihnen nicht beteiligt und sie als nutzlos und für die Arbeiterschaft schädlich und gefährlich verurteilt, ist immer wieder gesagt worden. Unsere Parteileitung hat auch mit gutem Grund darauf hingewiesen, daß sichere Anzeichen dafür vorhanden sind, daß solche Vorfälle zu Provokationen ausgebaut werden.

Die Parteileitung hat aber auch in dem Telegramm an die Regierung gesagt, daß die organisierten Arbeiter noch dem Befehl der Regierung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, dem festen Willen bekundet haben, von einem Generalstreik Abstand zu nehmen. Wir können hinzusetzen, daß nach den Berichten, die auf der am letzten Sonntag tagenden Reichskonferenz von unsrer Genossen aus dem Reich gegeben wurden, von keiner Seite ein solches sichere Aussehen auf den Frieden vorhanden ist, an einen Generalstreik gedacht wird. Dieselbe Auffassung und die Warnung vor Provokationen haben in der Vollversammlung der Arbeiterräte die Vertreter der Unabhängigen und der Kommunisten wiederholt.

Trotzdem erlaubt sich der „Vorwärts“ von einem zweideutigen Verhalten der Unabhängigen zu sprechen, trotzdem wird der Dessenlichkeit weigermacht, die Vorgänge in Hamburg beruhen auf einem lange vorbereiteten Plan, von Hamburg aus solle eine neue Revolution über ganz Deutschland ausgehen!

Auch die Regierung meint all das zu glauben und weiß nichts anderes zu tun, als durch die verkehrtesten Maßnahmen die Aufregung noch zu steigern und die Besonnenheit der Arbeiter auf eine Probe zu stellen, von der wir nur hoffen wollen, daß die Arbeiter sie in Erkenntnis der politischen Situation trotz allem bestehen wird.

Im Berliner Volksrat sind heute alle dort befindlichen Mitglieder der U. S. P. verhaftet, das Gebäude besetzt und abgesperrt worden. Der Grund war ein erlassenes — das Polizeiheimat existiert ja längst nicht mehr — Telefongespräch mit Hamburg und ein Bravo, das der aufnehmende Angestellte verlauten ließ. Und deshalb der Aufwand einer kleinen Armee und die Verhaftung der Vertrauensmänner der Arbeiter! Die Verhafteten sind ja wieder freigelassen — aber der Vorfall beweist doch, wie leichtfertig an den Nerven der Arbeiter operiert wird. Daß der ganze Plan der Ausbreitung der Revolution eine Fabel ist, davon wird sich vielleicht die Regierung aus der Stellungnahme der Hamburger Arbeiterschaft selbst unterrichten lassen können. Warnen doch gerade die Vertreter der linksradikalen Parteien mit allem Nachdruck vor einer Wiederholung der Fehler von Bremen und München!

Aber nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet verfolgt die Regierung eine verhängnisvolle Politik. Mit den Eisenbahnern kämben wichtige Verhandlungen. Man muß wünschen, daß die Regierung den berechtigten Forderungen der Eisenbahnern, die während der langen Kriegsjahre unter sehr ungünstigen materiellen Verhältnissen ihren opfervollen Dienst getan haben, weitgehend entgegenkommt. Aber diese Verhandlungen erleiden keine Förderung, wenn Rösske durch einen Nachteil der Eisenbahnern das Streikrecht entzieht. Das ist nicht die Tat, wie eine sozialistische Regierung wirtschaftliche Konflikte zur Lösung bringen darf.

Man hat den Eindruck, daß die Regierung, die sehr schwach ist, den Wunsch hat, sich sehr stark zu zeigen. Das ist eine gefährliche Politik. Aber die Arbeiterschaft hat keine Grund, der Regierung diese Gelegenheiten zu geben, gerade weil sie ihre wirkliche Schwäche kennt.

Der Nervosität dieser Regierung wird die Arbeiterschaft mit ihrer Ruhe am besten Herr werden.

## Die Betriebsräte an die Reichsregierung.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Hamburg, 26. Juni.

An die Reichsregierung richtete die heute Morgen tagende Versammlung der Betriebsräte ein Telegramm, in dem sie darauf hinweist, daß die Vollversammlung der Betriebsräte mit ihre erweiterte Zwölferkommission in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien und dem Senat Ruhe und Ordnung wieder hergestellt habe. Von der Reichsregierung wird gefordert, daß die in Wandbeck untergebrachten und trotz der gegenseitigen Versicherung des Obersten von Berger in Emsbeck eingezogenen Regierungstruppen zurückgezogen werden. Nur wenn diese Forderung erfüllt werde, sei die Erhaltung der Ruhe und Ordnung voll gewährleistet; andernfalls trage die Reichsregierung die volle Verantwortung für alle Geschehnisse.

## Verhandlungen.

Hamburg, 26. Juni.

Im Auftrag einer Kommission des Senats und der Arbeiterschaft erfolgte eine Veröffentlichung, wonach gestern Vertreter des Senats, der Zwölferkommission, der Betriebsräte, der Arbeiterrat und der drei sozialistischen Parteien zu einer Sitzung im Rathaus zusammentraten, um die Mittel zu beraten, ohne Eingebung der Ordnung der Truppen die Ruhe wieder herzustellen und weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Eine Kommission begab sich nach Wandbeck, um mit dem Kommandeur der dort eingetroffenen Regierungstruppen sofortiger Einkünftigung aller Feindschaften, insbesondere des Vorgehens gegen die Bahnschleifer, Herausgabe der im Rathaus gemachten Gefangenen bis Donnerstag 8 Uhr vormittags, Rückgabe der widerrechtlich geraubten Waffen, Rückführung der beschwerten Gefangenen und der Befehl, daß die militärischen Behörden, insbesondere die Kommandantur, nicht gehandelt werden, wurde zugestimmt. Unter der Bedingung sofortiger Einkünftigung aller Feindschaften, insbesondere des Vorgehens gegen die Bahnschleifer, Herausgabe der im Rathaus gemachten Gefangenen bis Donnerstag 8 Uhr vormittags, Rückgabe der widerrechtlich geraubten Waffen, Rückführung der beschwerten Gefangenen und der Befehl, daß die militärischen Behörden, insbesondere die Kommandantur, nicht gehandelt werden, wurde zugestimmt, daß zunächst nicht in das Hamburger Staatshotel einmarchiert werde. Der Antrag der Kommission wird an die vorgeordneten Behörden, darunter die Kommandantur Groß-Hamburg, zur Entscheidung weitergegeben.

Im Laufe des Donnerstags vormittags sammelten sich überall große Menschenmassen, die die Befestigungs des inneren Stadtviertels besetzten. Das Ereignis wurde lebhaft besprochen. Soweit festzustellen war, wurde die Ruhe nirgends gefährdet.

## Annahme der Bedingungen.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Hamburg, 26. Juni.

In der Versammlung der Betriebsräte erstattete Kallweit (U. S. P. D.) einen Bericht von der Verhandlung der Kommission mit dem Führer der Regierungstruppen in Wandbeck. Die Kommission sei, um das Äußerste abzuwenden, auf die Bedingungen eingegangen. Bevor die Verhandlungen in Berlin bekannt gewesen seien, war bereits in Berlin die Reichsregierung gegen Hamburg beschlossen worden und Lottow-Brosch damit beauftragt worden. Wenn es der Hamburger Arbeiterschaft nicht gelingen werde, die Waffen der Willkürbewaffneten niederzuerlangen und neue Wänderungen zu verhindern (von Wänderungen lang zur Zeit keine Rede mehr sein), so werde sich der Einsatz der Regierungstruppen nicht verhalten lassen. Provokationen seien in Massen in Hamburg, die neue Unruhen anstoßen lassen. Die Lage sei ähnlich der in Bremen, München und anderen Orten. Er habe begründete Mitteilungen bekommen, daß 20 000 Regierungstruppen vor Hamburg liegen. Die wirtschaftliche Aktion sei damit unterbunden. Man sei gezwungen, sich den Bedingungen zu unterwerfen, um das Blutvergießen zu vermeiden.

Hamburg, 26. Juni.

Nach dem gestern getroffenen Abkommen zwischen der Arbeiterschaft und dem Kommandeur der in Wandbeck eingetroffenen Reichswehrtruppen wird, wie der Kommandant von Groß-Hamburg Kamyl mittel, die politische Gewalt nach wie vor von Senat und Bürgerwehrschaft und die verhängende Gewalt gemäß dem Belagerungszustand durch ihn ausgeübt.

## Die Stellung der Kommunisten.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Hamburg, 26. Juni.

Die kommunistische Arbeiterzeitung schreibt in dem Leitartikel ihrer heutigen Ausgabe: Die Bedeutung der Ergebnisse liegt in der Einigung der Arbeiterschaft auf einer gemeinsamen Basis. Was eine Ausnutzung der aus der Massenbewegung gewonnenen Zustände gegen „Sozialisten“ hätte werden sollen, wurde eine geschlossene Abwehr der gesamten Arbeiterschaft gegen alle Versuche, die Ereignisse in reaktionären Sinne auszunutzen. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß die Lösung nicht im Sinne der kommunistischen Partei erfolgt ist. Wir erwarten eine solche Lösung auch nicht. Wir sind nicht blind und verkennen keineswegs die Situation. Es handelt sich nicht um Hamburg, es handelt sich um die gesamte Situation im Reich und wie wir dem Konflikt der Volksteile gewandt und verhandelt haben, die Arbeiterschaft soll sich gegen ein zweites Berlin, Bremen oder München stemmen, so sagen wir auch heute, daß sich die Gesamtentwicklung nicht vorwegnehmen läßt.

## Eine überflüssige Belästigung.

Verhaftung des Volksrates.

Ausflug wird mitgeteilt:

Im Verlaufe der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag ist festgelegt worden, daß zwischen den Vertretern des Hamburger Rat und den Mitgliedern des Berliner Volksrates eine Verbindung hergestellt war. Von Hamburg aus ist nach Berlin die Mitteilung gegangen, daß geflohen war, jetzt von Hamburg aus die zweite Revolution über das ganze Reich einzuleiten. Daran ist von Berlin aus aus dem Hause des Volksrates geantwortet worden: „Bravo!“ und angebetelt worden: „Wir werden sehen, daß wir nach heute Abend Vertreter senden.“ Es steht weiter fest, daß von Hamburg nach Berlin die Mitteilung gegeben wurde, und zwar wieder nach dem Amtssitz des Volksrates geantwortet werden soll, um Hamburg in einen Verteidigungszustand zu setzen, der es ermöglicht, einen gleichzeitigen Kampf gegen die Truppen durchzuführen, die von der Regierung gegen Hamburg eingesetzt worden sind. Es war selbstverständlich Pflicht der unabhängigen Stellen, derartige Bestrebungen, die zur Folge haben könnten, daß unabsehbarer Unheil über die Stadt hereinbricht, zu vermeiden. Deswegen ist der Befehl gegeben worden, die kommunistischen und unabhängigen Mitglieder des Volksrates zu hinterlassen und in den Geschäftsräumen Hausdurchsuchung zu halten. Da festgelegt worden ist, daß keiner der Beteiligten die folgenden Telefongespräche mit Hamburg geführt hat, wurden alle Beteiligten vorläufig auf seine Fuß gesetzt.

Über die Verhaftung des Volksrates geht uns folgender Bericht zu:

Gestern nachmittag gegen 5 Uhr wurde das Gebäude des Volksrates, in den Reiten 23, von einer etwa 60 Mann starken militärischen Abteilung, die auf zwei großen Lastautos mit Maschinengewehren und Flammenwerfern ankamen, besetzt. Die Führer der Abteilung, ein Oberleutnant und zwei Leutnants, nahmen in Begleitung von zwei Kriminalbeamten eine Durchsuchung der Räume vor, schickten sämtliche Anwesende in ein Zimmer und es klärten dann die anwesenden Mitglieder des Volksrates für verhaftet. Der schriftliche Befehl lautet, daß der Volksrat anzuhören und die Mitglieder der Volksrat zu verhaften seien. Ein Viertel nach fünf wurden sämtliche Angehörige festgestellt, das Gebäude militärisch besetzt und die verhafteten Mitglieder des Volksrates in einem Auto nach dem Sitz der Garde-Kavallerie-Schützen-Division in der Peckstrasse gebracht. Es waren verhaftet: Dr. K. (U. S. P.), Wiesel (U. S. P.), Gansow (U. S. P.), Haase (U. S. P.), Sager (U. S. P.), Neumann (U. S. P.), Neumann (U. S. P.), Sommerfeld (U. S. P.), Wegmann (U. S. P.).

In den Räumen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division angelangt, wurden die Verhafteten dem Hauptmann Knauth vorgeführt, der sie nach ihrer Parteizugehörigkeit fragte. Die U. S. P. Mitglieder wurden darauf sofort in Freiheit gesetzt, während die U. S. P. gehörigen Mitglieder des Volksrates in Haft behalten wurden.

Auf die Nachricht über die Verhaftung der Volksratsmitglieder begab sich Genosse Dr. Oskar Cox, um das Mitglied der Preussischen Landesversammlung, Genosse Sieber, nach den Räumen des Volksrates, um bei dem Kommandierenden der Wache nähere Auskünfte über die Verhaftung und den Verbleib der Verhafteten zu erlangen. Der kommandierende Leutnant erklärte darauf, die Genossen, nachdem er telefonische Meldung erhalten, für verhaftet und gab den Mannschaften den Befehl, sie nicht aus dem Hause herauszulassen. Auf den Protest der beiden Genossen, die darauf hinwiesen, daß sie als Mitglieder der Nationalversammlung resp. der Preussischen Landesversammlung Immunität genießen und daß auf ihre ungeklärte Verhaftung Rechtshandlung steht, ging der Leutnant nachmalig auf Telefon, um nach etwa 20 Minuten den beiden Genossen zu eröffnen, daß sie frei seien. Während dieser Zeit waren die Genossen die Gefangenen des wachhabenden Offiziers und seiner Mannschaften.

Auf eine telefonische Anfrage des Genossen Dr. Cox bei dem Hauptmann Knauth über die Ursachen der Verhaftung der Volksratsmitglieder erklärte dieser, daß diese Maßnahme sich nicht gegen den Volksrat als Ganzes, sondern nur gegen bestimmte Mitglieder selbst richtet.

Im Anschluß an die vorstehenden Mitteilungen sei noch darauf hingewiesen, daß fast gleichzeitig mit der Verhaftung der Mitglieder des Volksrates die Verhaftung von mehreren Eisenbahnern erfolgte, die gleichfalls in den Räumen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division eingeliefert wurden.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Volksrates wandten sich sofort nach ihrer Entlassung an den Reichswehrminister und überreichten ihm folgenden Protest:

Am heutigen Tage zwischen 5 und 6 Uhr hat ein Kommande der Garde-Kavallerie-Schützen-Division laut Befehl den Volksrat ausgehoben. Die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie sind in Haft behalten worden. Wir protestieren gegen diese Verhaftung und verlangen die sofortige Freilassung der Gefangenen, sowie die Durchsuchung der Geschäftsräume des Volksrates. Die Verhaftung bedeutet eine Herausforderung der gesamten Arbeiterschaft.

Gen.: Haase, Wiesel, Sager, Gansow, Dr. K.

## Eine späte Maßnahme.

Berlin, 26. Juni.

Generalmajor Hoffmann ist zur Disposition gestellt worden.

Die Mahfregang des „Selben“ von Draf-Ottens ist erfolgt, weil er, wie wir gestern berichteten, durch die Korrespondenz erklären ließ, er weiger sich, den Friedensvertrag anzuerkennen und werde auch gegen den Befehl der Regierung keinen Fußbreit deutschen Bodens verlassen. Sondern die Grenze mit bewaffneter Hand verteidigen. Die Regierung hat sich angesichts dieser Herausforderung nicht verhalten, den vertriebenen General zur Disposition zu stellen. Es erweist sich aber einmütig als unersetzlich, ob mit einer solchen vereinnahmt und verkümmert Maßnahme der Geist des militärischen Nachdenkens an-



Theater und Vergnügungen.

Wald-Theater. 7 Uhr: Kleine Skizzen. Trianon-Theater. 8 Uhr: Der gute Ruf.

Wintergarten. 7 Uhr: Varietévorstellung. Elite-Sänger.

Berliner Prater. 7-9 Uhr: 12 Varietés-Attraktionen. In der Taxidelle Ball.

Kaffee Zielka (Equitable). Friedrichstraße 59-60. Eda Leipziger Str. 102.

Deutsches Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Opernhaus.

Opernhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Schauspielhaus.

Schauspielhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Berliner Theater.

Berliner Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Deutsches Theater.

Deutsches Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Opernhaus.

Opernhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Schauspielhaus.

Schauspielhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Berliner Theater.

Berliner Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Deutsches Theater.

Deutsches Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Opernhaus.

Opernhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Schauspielhaus.

Schauspielhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Berliner Theater.

Berliner Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Deutsches Theater.

Deutsches Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Opernhaus.

Opernhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Schauspielhaus.

Wald-Theater. 7 Uhr: Kleine Skizzen. Trianon-Theater.

Wintergarten. 7 Uhr: Varietévorstellung. Elite-Sänger.

Berliner Prater. 7-9 Uhr: 12 Varietés-Attraktionen. In der Taxidelle Ball.

Kaffee Zielka (Equitable). Friedrichstraße 59-60. Eda Leipziger Str. 102.

Deutsches Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Opernhaus.

Opernhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Schauspielhaus.

Schauspielhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Berliner Theater.

Berliner Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Deutsches Theater.

Deutsches Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Opernhaus.

Opernhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Schauspielhaus.

Schauspielhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Berliner Theater.

Berliner Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Deutsches Theater.

Deutsches Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Opernhaus.

Opernhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Schauspielhaus.

Schauspielhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Berliner Theater.

Berliner Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Deutsches Theater.

Deutsches Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus. Opernhaus.

Opernhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Schauspielhaus.

Schauspielhaus. 8 Uhr: Die Fledermaus. Berliner Theater.

Arbeiter-Sportkartell, Ober- u. Niederschönwälder. Großes Sportfest am Sonntag, den 29. Juni 1919.

Geheimleben des Berliner Hofes. Der Privatleben Kaiser Wilhelms II. und seiner Gemahlin.

Ferner Verboten gewesen! Ein Günstling des Kaisers. Nach Mitt. u. d. Akten d. Oeh. Zivilkammer d. Kaisers.

Säle bis 1000 Personen frei. Für Vereine, Versammlungen usw. Auskunft erteilt im Bureau des Vereines.

PIANOS, FLÜGEL neu und gebraucht. Römhild A. G., Leipziger Str. 119/120.

ZIGARREN pro Mills von M. 650 an. Zigarren-Engros-Haus Neukölln.

Färberei Brillant. Berlin W 30, Frankenstr. 9 (Winterfeldplatz).

Uniformen - Seide und alle anderen Sachen. Lieferung 3-6 Tagen. Billige Preise.

Spezial-Arzt Dr. Heil-Anstalt Löser. Dr.: Löser senior. Rosenthaler Str. 69-70.

Heil-Anstalt „Löser“. Milnstr. 9, nahe Alexanderplatz.

Fortuna-Lichtspiele. Das große Volksstück. Bahndürrers Lene.

Residenz-Lichtspiele. Das große Erfolgswegen. Veritas vincit.

Der Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität“. 12. Stiftungsfest.

Küchen. 7 teilig, prima lackiert. von N. 375,- an.

Stolzmann, Belle-Alliancestraße 100. Zahlungsverleicherung bei Wassch.

Moderne Küchen. von 300 Mark an. Schlafzimmer von 1500 Mark an.

Möbelhalle „Osten“. Spezial-Arzt Dr. med. Grätering.

Spezial-Arzt Dr. med. Haedicke. Haus- und Harnleiden.

Spezial-Arzt Dr. med. Haedicke. Haus- und Harnleiden.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsverwaltung Groß-Berlin. Berlin S.O. 16, Engelauer 18.

Große öffentliche Eisenbahner-Versammlung am Freitag, den 27. Juni 1919, nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung: 1. Der Stand unserer Lohnbewegung. 2. Stellungnahme zum Streik.

Deutscher Buchbinder-Verband. Jahrestag Berlin. Engelfer 15 II. Nummer Nr. 30-41.

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag findet Sonnabend, den 28. Juni, von mittags 12 Uhr bis abends 6 Uhr.

Stimmzettel werden in den Wahllokale ausgegeben. Rathmann, Wilhelmstraße 118.

Alexandriener, Alexandrinenstraße 37 a. Dümming, Kochstraße 33/34.

Wismar, Alte Jakobstraße 22. Wählich, Stolger Straße 22.

Gewerkschaftshaus, Engelfer 15. Zieme, Barnimstraße 13.

Guth, Barshauer Straße 61. Salomon, Steinstraße 17.

Strehz, Schönhauser Allee 50 a. Funke, Triftstraße 63.

Wiemers, Bülowstraße 58. Sauer, Neukölln, Reuterstraße 80.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungshaus Berlin S. 14, Valenstraße 53/55.

Bezirksversammlung für die Mitglieder des 17. Bezirks. Tagesordnung: Neuwahl des I. Bezirksleiters.

Internationaler Bund der Kriegesgeschädigten und Hinterbliebenen (Bezirk Berlin). Freitag, den 27. Juni 1919, abends 8 Uhr.

Gelegenheitskäufe. Täglicher Verkauf von Kleiderstücken, Verköst, moderner Küchen.

Piano, Harmonium. Flügel, neu, gebraucht. Handlöhne, Laute, Gitarre.

Piano und Flügel. Harmonium. Draht-Geflechte, Gitter, Draht-Zäune.

Parzellen. Restaurant zu verkaufen. Parzellen am Hakenloosdorf.

Am 23. Juni entsehied nach langem Schwereiden, das er sich im Felde angezogen hat, mein lieber, unvergessen, Gatte, unser lieber Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Onkel, Nefle und Kuzin, der Magistratehote Franz Mögelin.

Ww. Berlin Palm, Memeler Str. 60. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten des deutschen Eisenbahner-Verbandes und allen daran beteiligten Kollegen meinen herzlichsten Dank.

Oskar Blaul. Siedel Freitag, den 27. Juni, nachm. 7 Uhr, von der Leichenhalle d. Dankschulchholts, Reichenhagen-West, statt. Bitte zahlreich zu erscheinen.

Platinabfälle. Goldabfälle. Silberabfälle. Zinnsäureabfälle. Quecksilberabfälle.

Leitungsräte. Kellner. Köche. Portier. Bedienstete. Arbeiter. Dienstmädchen.

Klavier. oder Flügel. erkrankt. Pianino. Klavier. Klavier. Klavier.

Schlafzimmer. zu kaufen gesucht. Möbel. Teppiche. Kissen. Vorhänge.

Kaufgesuche. Kupfer. Metallschmelze Cohn. Metallschmelze Cohn.

Platin Silber. Metallschmelze Cohn. Metallschmelze Cohn.

Messing. Quecksilber Ziel. Metallschmelze Cohn.

Quecksilber. Metallschmelze Cohn. Metallschmelze Cohn.

Facharzt. Dr. med. Grätering. Dr. med. Haedicke.

Facharzt. Dr. med. Grätering. Dr. med. Haedicke.

Facharzt. Dr. med. Grätering. Dr. med. Haedicke.

Facharzt. Dr. med. Grätering. Dr. med. Haedicke.

Facharzt. Dr. med. Grätering. Dr. med. Haedicke.

Facharzt. Dr. med. Grätering. Dr. med. Haedicke.

Facharzt. Dr. med. Grätering. Dr. med. Haedicke.

Facharzt. Dr. med. Grätering. Dr. med. Haedicke.



